

Das Recht auf Bildung

UNICEF-Grundsatzpapier

INHALT

I	Das Recht auf Bildung	Seite 3
	Bildung rettet Leben	Seite 3
	Eine Frage der Qualität	Seite 3
	Bildung und Kinderrechte	Seite 3
	Lektionen aus der Vergangenheit	Seite 4
	World Conference on Education for All	Seite 4
	Langsamer Fortschritt	Seite 5
	Planung im Bildungsbereich und Kinderrechte	Seite 5
II	Die Bildungsrevolution	Seite 5
	Element 1: Lernen fürs Leben	Seite 5
	Element 2: Zugang, Qualität und Flexibilität	Seite 6
	Element 3: Bildung für Mädchen	Seite 8
	Element 4: Der Staat als wichtiger Partner	Seite 9
	Element 5: Die Betreuung von Kleinkindern	Seite 10
III	Investition in Menschenrechte	Seite 11
	Die Pflicht des Staates	Seite 11
	Bildung: Die beste Investition	Seite 12
	Verschuldung	Seite 12
	Das menschliche Gesicht des Kapitals	Seite 12
	ZAHLEN	Seite 13
	UNICEF-Schulprogramme: Einige Beispiele	Seite 14

I. Das Recht auf Bildung

Etwa 855 Millionen Menschen werden zu Beginn des neuen Jahrtausends Analphabeten sein. Sie werden nicht in der Lage sein, ein Buch zu lesen oder ihren Namen zu schreiben, weit entfernt davon, einen Computer zu bedienen oder ein Antragsformular zu verstehen. Sie werden in größerer Armut leben als jene, die es können, und ihr Gesundheitszustand wird schlechter sein.

130 Millionen Kinder in den Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu Schulbildung und Millionen andere besuchen Schulen, wo sie kaum Bildung erhalten.

Ihnen allen wird ein grundlegendes Menschenrecht verwehrt: das Recht auf Bildung, das in den verschiedensten Vereinbarungen festgehalten ist, von der 50 Jahre alten Deklaration der Menschenrechte bis hin zur Konvention über die Rechte des Kindes.

Wenn Menschen das Recht auf Bildung vorenthalten wird, beeinträchtigt das ihre Kapazität, produktiv zu arbeiten sowie sich und ihre Familien zu ernähren und zu schützen. Jene Menschen, die die Bedeutung von Gesundheit, Hygiene und Ernährung verstehen, können ihre Familien besser vor vermeidbaren Krankheiten schützen und somit ihr Potential für wirtschaftliche Produktivität und finanzielle sowie soziale Stabilität erhöhen.

Das Vorenthalten von Bildung beeinträchtigt auf Gesellschaftsebene die Demokratie, den sozialen Fortschritt, den Frieden und die Sicherheit.

Die Gründe für die Vorenthaltung dieses Rechts sind vielschichtig: Viele Mädchen können aufgrund ihres Geschlechts nicht zur Schule gehen, sie bleiben daheim und arbeiten im Haushalt. Mädchen die zur Schule gehen werden oft diskriminiert, sind entmutigt und brechen ihre Ausbildung ab. Für Millionen Kinder ist Schulbesuch nicht möglich, da sie Ganztagsjobs haben. Für viele andere gibt es ganz einfach keine Schule in der Umgebung. Es gibt zuwenig qualifizierte Lehrer oder Familien können sich die Kosten nicht leisten.

Jene Kinder, die das Glück hatten, eingeschult zu werden, finden sich oft in trostlosen, bedrohlichen und überfüllten Orten wieder. In einer Umgebung, die sie eher gefährdet als bestärkt, die ihre Initiative und Neugierde unterdrückt. Über 150 Millionen Kinder in den Entwicklungsländern, die eingeschult wurden, erreichen die 5. Schulstufe nicht.

Bildung rettet Leben

Es gibt erwiesenermaßen eine Korrelation zwischen Bildung, vor allem der von Mädchen, und Kindersterblichkeitsraten. Auch die Zahl der Kinder pro Frau hängt mit ihrem Wissen und ihrer Bildung zusammen. Im indischen Bundesstaat Kerala existiert kaum Analphabetismus – und dieser Staat weist die niedrigste Säuglingssterblichkeitsrate aller Entwicklungsländer auf. Die Fruchtbarkeitsrate Keralas ist die niedrigste in ganz Indien.

Eine Frage der Qualität

Es genügt nicht, Kinder nur zur Schule zu schicken. Die Konvention über die Rechte des Kindes sagt eindeutig, daß jedes Kind das Recht auf jene Qualität von Bildung hat, welche die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung bringt.

Doch in vielen Ländern sieht die Realität anders aus: überfüllte Klassenzimmer (bis zu 90 Kinder in einer Klasse); viele Lehrer haben selbst keine richtige Ausbildung; Unterrichtsmaterial ist oft nicht vorhanden; die Unterrichtssprache ist in einigen Ländern nicht die Muttersprache der Kinder; fehlende Sanitäranlagen und kein sauberes Trinkwasser; der Unterricht hat oft keine praktische Relevanz für den Alltag der Kinder; viele Schulen leiden an chronischem Geldmangel.

Bildung und Kinderrechte

Das Recht auf Bildung wurde in der Menschenrechtsdeklaration festgehalten – damit begannen die Bemühungen der Vereinten Nationen, soziale, ökonomische und kulturelle Rechte gemeinsam mit bürgerlichen und politischen Rechten zu fördern. Die Untrennbarkeit dieser Rechte ist in der Konvention

über die Rechte des Kindes festgehalten, die am 2. September 1990 in Kraft trat, nur neun Monate nach der Annahme durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen. Die Konvention wurde außer von Somalia und den Vereinigten Staaten von Amerika von allen Staaten der Welt ratifiziert. Das bedeutet, daß 96% aller Kinder dieser Welt in Ländern leben, die dazu verpflichtet sind, das gesamte Spektrum an Kinderrechten sicherzustellen: bürgerliche, politische, soziale, kulturelle und ökonomische Rechte.

Artikel 28 der Konvention erkennt das Recht des Kindes auf Bildung an und verlangt von den Vertragsstaaten unter anderem, daß sie den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen, daß in allen Angelegenheiten der Disziplin die Menschenwürde des Kindes gewahrt wird und die Förderung der internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen. Artikel 29 verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, daß die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muß, die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen und dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität und den Menschenrechten zu vermitteln.

Die Konvention anerkennt Bildung als das Grundgerüst für die Verwirklichung der demokratischen Bürgerrechte. Die Konvention ist eine Hinführung zu jener Art von Bildung, die grundlegend wichtig für die Entwicklung von Kindern und für den sozialen Fortschritt ist. Die Qualität der Bildung, wie sie in der Konvention festgehalten ist, betrifft nicht nur die kognitiven Bedürfnisse der Kinder, sondern auch ihre körperliche, soziale, emotionale, geistige und intellektuelle Entwicklung. Sie umfaßt auch Bereiche wie Gleichheit der Geschlechter, Gesundheit, Ernährung, Partizipation von Eltern und Gemeinden sowie die Organisation des gesamten Schulsystems.

Vor allem sollen Schulen „Sicherheitszonen“ sein – Plätze, wo Kinder nicht nur sauberes Trinkwasser und sanitäre Anlagen vorfinden, sondern auch eine respektvolle Umgebung.

Artikel 28 und 29 sind eng mit den Artikeln 2 (Diskriminierungsverbot), 3 (Wohl des Kindes), 6 (Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung) und 12 (Meinungsäußerung) verbunden.

Artikel 12 stellt sicher, daß Kinder das Recht haben, ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern. Dieser Artikel verlangt nach großen Veränderungen in den vielen Schulen, die zur Zeit Kindern die Möglichkeit verwehren, Entscheidungen zu hinterfragen oder die Schulpolitik zu beeinflussen. Doch diese Änderungen werden belohnt: Schulen, die kritisches Denken und demokratische Partizipation fördern, tragen zum Verständnis der Menschenrechte bei. Und somit wird Bildung zu einer Kraft für die ganze Gesellschaft, um die Menschenrechte zu beleben und zu verwirklichen.

Das Diskriminierungsverbot (Artikel 2) stellt sicher, daß alle Kinder Zugang zu Bildung haben, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Geschlecht. Schulen müssen Akzeptanz von und Verständnis für Kinder fördern, die „anders“ sind, und den Schülern das intellektuelle und soziale Rüstzeug mitgeben, damit diese Fremdenhaß, Sexismus, Rassismus und andere negative Einstellungen bekämpfen können.

Lektionen aus der Vergangenheit

In den 60er Jahren organisierte die UNESCO eine Reihe von regionalen Konferenzen. Diese ergaben, daß 1960 weniger als die Hälfte der Kinder zwischen 6 und 11 Jahren in den Entwicklungsländern die Grundschule besuchten. Daraufhin wurden klare Ziele formuliert und die Resultate waren beeindruckend: Bis 1980 hatte sich die Einschulungsrate in Asien und Lateinamerika verdoppelt, in Afrika verdreifacht.

Doch zur gleichen Zeit stieg das Bevölkerungswachstum rasch an, und weltweit fehlten Millionen Schulplätze. Die Schuldenkrise der 80er Jahre trug stark dazu bei, daß die Ausgaben für das Bildungswesen rapide sanken.

World Conference on Education for All (Jomtien, Thailand, März 1990)

Diese Konferenz forderte Bildung von guter Qualität für alle Menschen, besonders für den ärmsten Teil der Weltbevölkerung.

Die Konferenz steht auch als Zeichen für eine Veränderung der weltweiten Einstellung gegenüber Bildung: Es herrschte internationale Übereinstimmung, daß Schulbildung der wichtigste Einzelfaktor beim Kampf gegen die Armut, bei der Bestärkung der Frauen, Förderung von Menschenrechten, Umweltschutz und der Kontrolle des Bevölkerungswachstums ist. In Jomtien wurde klar, daß die Anzahl der Kinder in den Schulen

nur ein Teil des gesamten Bildes sein kann. Besonders betont wurden in diesem Zusammenhang wichtige Elemente wie Bildung für Mädchen, Förderung der Entwicklung von Kleinkindern, Erwachsenenbildung, die Bedeutung neuer Partnerschaften sowie die Erkenntnis, daß Lernen mit der Geburt beginnt.

Langsamer Fortschritt

Ein Mid-Decade Review in Amman (Jordanien) im Juni 1996 ergab, daß in den Entwicklungsländern 50 Millionen Kinder mehr eingeschult wurden als 1990. Diese Zahl konnte jedoch nur mit jener Anzahl von Kindern Schritt halten, die von 1990 bis 1995 zur Altersgruppe der 6 bis 11jährigen dazukamen. Die Einschulungsrate von Mädchen erwies sich als statisch.

In Nordafrika und im mittleren Osten wurden bemerkenswerte Erfolge erzielt, ebenso in Ostasien, Lateinamerika und der Karibik. Doch in Südasien gingen 1995 50 Millionen Kinder nicht zur Schule, und auch in Afrika südlich der Sahara fehlen Millionen Schulplätze.

Planung im Bildungsbereich und Kinderrechte

Planung im Bildungsbereich – ob für eine ganze Gesellschaft oder eine einzelne Schule – muß bei den Kinderrechten beginnen und auf dem Wohl des Kindes begründet sein. Diese Planung muß bestrebt sein, eine Umgebung zu schaffen, die frei von Gewalt ist, die Demokratie und Akzeptanz fördert und die jene Fähigkeiten lehrt, die Schüler für ein Leben als verantwortungsvolle Bürger brauchen.

Was wäre das für eine Schule? Zum Beispiel eine Schule, die lebensnahen Unterricht vermittelt und welche die Entwicklung des Kindes in jeder Hinsicht fördert. Angefangen beim Recht auf Ernährung bis hin zum Recht auf Spiel und Freizeit.

Die Beziehung zwischen Kindern und Lehrern ist von größter Bedeutung. Von Lehrern wird erwartet, daß sie Kinder anleiten und fördern. Lernen beginnt mit dem Gesichtspunkt des Kindes und entwickelt sich mit der aktiven Beteiligung des Kindes immer weiter.

II. Die Bildungsrevolution

Oben erwähnte Aktionen und Bemühungen sind Kennzeichen für eine Bildungsrevolution, die von der Konvention über die Rechte des Kindes geleitet wird. Diese Revolution besteht aus fünf Kernelementen, die miteinander verbunden sind und einander verstärken:

Element 1: Lernen fürs Leben

Dies ist die Basis einer Reihe von neuen Einstellungen gegenüber Lernen und Unterricht. Lehrer diktieren nicht nur Fakten, sondern fördern und leiten. Zur Schule zu gehen und dann nicht auf das Leben vorbereitet zu sein, ist eine Verschwendung. Pädagogen rund um die Welt erkannten bereits die Diskrepanz zwischen Unterricht und tatsächlichem Wissen der Schüler und arbeiten an Lösungsmodellen. Wenn Kinder in einem überfüllten Klassenzimmer nur nachsagen, was der Lehrer vorsagt, dann werden ihre Bedürfnisse hinsichtlich Bildung und Entwicklung eindeutig nicht erfüllt. Die Konvention führt uns zu einem kinderorientiertem Unterrichtsmodell. Schüler, die aktiv partizipieren, selbständig denken und Probleme lösen, können so ein Selbstwertgefühl entwickeln, das wesentlich ist, um ein Leben lang zu lernen und Entscheidungen zu treffen.

Kinder müssen ihre Meinung, Gedanken und Ideen frei äußern können, sie brauchen die Möglichkeit für Spiel und Sport, sie müssen sich wohl fühlen und sollen mit Respekt behandelt werden. Der Lehrplan und die Unterrichtsmethode müssen gewisse Faktoren berücksichtigen: Geschlecht, Sprache, Kultur, ökonomische Unterschiede, geistige und körperliche Behinderungen.

Menschenrechte, praktische Fähigkeiten (Gesundheit, Hygiene, Ernährung), Lernen über Werte und Verhalten sind wichtige Elemente des Unterrichts. Information und praxisrelevante Fähigkeiten sind besonders wichtig, damit Kinder und Jugendliche bezüglich Gefahren wie Kinderarbeit, HIV/AIDS, frühzeitige Schwangerschaft oder Mißbrauch fähig sind, komplexe und schwierige Entscheidungen zu treffen. Auch die alarmierend hohe Zahl von bewaffneten Konflikten weltweit stellt eine große Aufgabe für

das Bildungssystem dar. Schulung über friedliche Methoden zur Konfliktlösung wurde bereits in den Lehrplan von Ländern integriert, deren jüngste Geschichte von Gewalt geprägt ist, wie zum Beispiel Kolumbien, Liberia oder Sri Lanka.

Bewertungssysteme

Eine der wichtigsten Fragen ist hier, wie gut das Bildungssystem eines Landes das Recht des Kindes auf Bildung erfüllt. Um die Fortschritte eines Kindes zu bemessen, gibt es weltweit verschiedenste neue Methoden, die weg vom Benotungssystem durch Zahlen dazu übergehen, verbal die Leistungen eines Kindes zu beschreiben. Diese Methode gibt sowohl Aufschluß darüber, was ein Kind tatsächlich gelernt hat, als auch darüber, ob die Unterrichtsmethode für die Klasse die richtige ist.

Gesundheit und Lernen

Es gibt eine starke Verbindung zwischen der Gesundheit der Kinder und ihren Schulleistungen. Die wichtigsten Elemente für eine „gesunde“ Schule sind folgende:

Ein Platz der Sicherheit. Lehrer müssen die Beschützer der Kinder sein und ihre Rechte innerhalb der Schule verteidigen. Dazu gehört auch Schutz vor sexuellem Mißbrauch und Gewalt. Schulen müssen Kinder, die besondere Bedürfnisse haben, wie Kinder mit Behinderungen oder Kinder mit HIV/AIDS, unterstützen und fördern.

Eine sichere Umgebung. Alle Schulen brauchen sauberes Trinkwasser und sanitäre Anlagen.

Ein Ort wo Krankheiten bemerkt und manchmal auch behandelt werden können. Fälle wie Parasiteninfektionen, Mangelerscheinungen oder Trachome können kostengünstig und einfach von Gesundheitsarbeitern oder Lehrern behandelt werden. Lehrer können auch Hör- oder Sehschäden bei Kindern feststellen, die oft fälschlicherweise für Lernschwierigkeiten gehalten werden.

Eine Schule, die praxisrelevante Fähigkeiten lehrt. Kinder benötigen mehr als Information um „gesunde“ Entscheidungen zu treffen. Sie brauchen praktische Kenntnisse in Erster Hilfe, sie müssen lernen mit oralem Rehydratationssalz umzugehen, um Diarrhöe zu bekämpfen und vieles mehr.

Element 2: Zugang, Qualität und Flexibilität

Zugang für alle

Welche Gruppen sind am ehesten vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen?

Mädchen, Kinder aus ländlichen Gebieten, Kinder aus ethnischen Minderheiten, behinderte Kinder, Opfer von bewaffneten Konflikten, Kinderarbeiter, Aidsweisen, Kinder aus abgelegenen Gebieten.

Welche Modelle gibt es diese „Unerreichbaren“ zu erreichen?

- ein Lehrer unterrichtet mehrere Klassen: so können kleine Dorfschulen kostengünstig bestehen
- bilingualer Unterricht für Kinder aus ethnischen Minderheiten
- mobiler Unterricht: die Schule kommt zu den Kindern – im Rucksack des Lehrers; dieses Modell wird schon länger sehr erfolgreich in Gebirgsregionen eingesetzt
- Fernunterricht: durch Radio, Audio- und Videokassetten

Flexible Systeme

Ein wichtiges Element ist Flexibilität, um die Methoden den lokalen Bedingungen anzupassen. Zu diesem Zweck gab es bereits in den 70er Jahren sogenannte „non-formal education“-Projekte, die speziell auf Kinderarbeiter, Mädchen und behinderte Kinder ausgerichtet sind. Eines der bis heute erfolgreichsten sind die BRAC-Schulen in Bangladesch. 1985 richtete das Bangladesh Rural Advancement Committee mit Hilfe von UNICEF in 22 Dörfern Schulen für 8 bis 10jährige (vor allem Mädchen) ein, um Grundschulkenntnisse zu vermitteln. 1998 gibt es bereits 34.000 solcher Schulen.

Eine BRAC-Schule besteht im Durchschnitt aus 30 Kindern, davon sind etwa 20 Mädchen. Die Kinder leben innerhalb eines Radius von 2 Kilometern und werden in angemieteten Räumen unterrichtet. Zwei Drittel der Lehrer sind Frauen. Sie kommen alle aus den lokalen Gemeinden und werden wöchentlich von BRAC-Personal besucht. Der Besuch der Schule ist kostenlos und auch das Material für Lehrer und Schüler wird zur Verfügung gestellt. Der Stundenplan ist flexibel, es wird an sechs Tagen in der Woche jeweils drei Stunden unterrichtet. Zu welcher Tageszeit entscheiden die Eltern. Der Plan wird auch an lokale Bedürfnisse wie zum Beispiel an die Erntezeit angepaßt. BRAC-Absolventen können in die vierte Schulstufe der herkömmlichen Grundschule eintreten.

In vielen Ländern wird nun über ein einheitliches staatliches System beraten, das flexibler ist und sich den lokalen Bedürfnissen anpassen kann. Damit wäre auch die Unterteilung in „formal“ und „non-formal“ nicht mehr relevant. Dieses öffentliche Bildungssystem sollte folgende wichtige Elemente beinhalten:

- Schultage und Stundenplan sollen den lokalen Umständen angepaßt werden
- Schulen müssen näher bei den Kindern gelegen sein
- Eltern und Gemeinde sollen sich aktiv beteiligen
- der Lehrplan soll den lokalen Bedürfnissen angepaßt sein
- geschlechtsspezifische Vorurteile sollen eliminiert werden
- Bewertungssysteme sollen ebenfalls flexibel sein

Bestärkung der Lehrer

Dieser Beruf wurde in den Entwicklungsländern von der Schuldenkrise der 80er Jahre stark getroffen – die Gehälter sanken drastisch. In Afrika leben Grundschullehrer unterhalb der Armutsgrenze, das bedeutet, sie müssen nebenbei arbeiten, um zu überleben. Dieses Phänomen hat bereits auf Länder in Osteuropa, Zentral- und Ostasien übergreifen.

Die Bedingungen für Pädagogen müssen weltweit verbessert werden, um Armut und Demoralisierung der Lehrer zu beenden. Doch der soziale Status von Lehrern wird sich nicht verändern, wenn die Qualität des Unterrichtes sich nicht bessert. Ein Weg zum Ziel ist die Bereitschaft von Lehrern, Praktiken im Klassenzimmer in Übereinstimmung mit der Konvention über die Rechte des Kindes zu verändern. Ein anderer Weg ist die Verantwortung der Gesellschaft, sowohl jene Bedingungen zu schaffen, die qualifiziertes Personal ermutigen, den Lehrberuf zu ergreifen, als auch für Lehrerausbildung zu sorgen, die den zukünftigen Pädagogen auf kinderorientierten Unterricht vorbereitet.

In Togo zum Beispiel haben ein Drittel aller Volksschullehrer selbst nur die Grundschule besucht. Und 84% der Lehrer an höheren Schulen haben keine pädagogische Ausbildung. In den Vereinigten Staaten von Amerika absolvieren 12% der neu eingestellten Lehrer keine pädagogische Ausbildung.

In den Industriestaaten bedeutete Lehrerausbildung ein wissenschaftliches Studium an der Universität. Entwicklungsländer konnten dieses Modell unmöglich finanzieren und gingen zu sogenannten „Crash Kursen“ für Lehrer über. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es ein neues Modell für Lehrerausbildung. Ein Teil dieses Modells ist das Konzept von Schulinspektoren, die als pädagogische Berater tätig sein sollen – erfahrene, geschulte Personen, die Lehrer anleiten und helfen können.

Innovative Modelle für die Ausbildung von Lehrern gibt es mittlerweile weltweit. Ein Beispiel dafür ist ZINTEC (Zimbabwe Integrated Teacher Education Course): Im Zuge eines 4-Jahres-Programmes absolvieren Lehrer einen intensiven viermonatigen Kurs. Dann beginnen sie, begleitet von anderen Pädagogen, zu unterrichten. Gleichzeitig absolvieren sie eine Art Fernstudium. Am Ende des vierten Jahres besuchen sie dann noch einen viermonatigen Intensivkurs. Das „Teacher Empowerment“-Programm im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh konnte erfolgreich die Moral der Lehrer wieder aufbauen. In Bangladesch ist das Projekt IDEAL (Intensive District Approach to Education for All) eine Kooperation zwischen UNICEF und der Regierung. IDEAL geht davon aus, daß Kinder auf verschiedene Weisen lernen. Daher benützen IDEAL-Lehrer Methoden der Partizipation um besser auf die verschiedenen Bedürfnisse eingehen zu können.

Gegen Kinderarbeit

Viele Kinder, die nicht zur Schule gehen, gehen zur Arbeit. Nach Schätzungen der ILO arbeiten in den Entwicklungsländern 250 Millionen Kinder. Arbeit hält zwar viele Kinder von Schulbildung ab, doch Bildungssysteme ziehen die besonderen Umstände von arbeitenden Kindern nicht in Betracht. Die meisten Kinderarbeiter möchten zur Schule gehen. Daher muß Bildung so strukturiert sein, daß sie an die speziellen Bedürfnisse von Kinderarbeitern, ihren Familien und Gemeinden angepaßt werden kann. Solche Strukturen müssen sich vor allem an Kinderarbeiter in Landwirtschaft und Haushalt richten – an die „unsichtbaren“ Kinderarbeiter, die vor allem Mädchen sind. Bildung soll nicht mehr ein Teil des Problems der Kinderarbeit sein, sondern ein Schlüsselement der Lösung. Dazu bedarf es einiger Neuerungen: durch neue Techniken müssen Organisation, Unterrichtsmethoden, Lehrpläne, Stundenpläne und Schulorte flexibler und kreativer werden.

Sprachbarrieren

In vielen Ländern wird noch immer in der ehemaligen Kolonialsprache unterrichtet, zum Beispiel in jenen afrikanischen Ländern, die die niedrigste Einschulungsraten der Welt aufweisen. Wenn die Unterrichtssprache eine andere ist als jene die in der Familie gesprochen wird, kommt es häufig zu Lernschwierigkeiten. Untersuchungen haben ergeben, daß Kinder schneller lernen, wenn sie zuerst in ihrer Muttersprache unterrichtet werden.

In den 90er Jahren änderten viele lateinamerikanische Länder ihre Bildungsgesetze, um die Rechte der indigenen Völker zu verstärken. In Bolivien zum Beispiel wurde von indigenen Organisationen ein bilinguales interkulturelles Bildungsprogramm entwickelt. Die Erfahrungen aus Lateinamerika haben gezeigt, daß die Arbeit mit ethnischen Gruppen die Solidarität einer Bevölkerung stärkt sowie Bewußtsein für andere Formen von Diskriminierung schafft.

Maßnahmen für den Notfall

Die Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf Kinder sind dramatisch: in den letzten 10 Jahren starben etwa 2 Millionen Kinder, 6 Millionen wurden schwer verletzt, 1 Million von ihren Eltern getrennt und 12 Millionen wurden heimatlos. Die Zahl jener Kinder, die seelisch verletzt sind durch ihre Erlebnisse im Krieg ist nicht messbar.

In bewaffneten Konflikten kann Schulbildung zur Heilung und Rehabilitation beitragen. Schulen stellen für Kinder in Kriegsgebieten eine stabile Struktur und ein Stück „Normalität“ mitten im Chaos dar. Lehrer können sich um die psychosozialen Auswirkungen von Gewalt auf Kinder kümmern. Sie können den Schülern wichtige Punkte zum Thema Überleben und Sicherheit vermitteln und Menschenrechtsverletzungen überwachen.

Um das Recht von Kindern auf Schulbildung in Notsituationen zu schützen hat UNICEF gemeinsam mit UNESCO das „Edukit“-Konzept entwickelt mit Material für Lehrer und Schüler, das so schnell wie möglich in das betroffene Gebiet gesendet wird. Die ersten Länder, die „Edukits“ erhielten waren Ruanda und Somalia, dann folgten unter anderem Afghanistan, Irak, Liberia, Sierra Leone und Sudan.

Es gibt auch Programme, um Schulen zu Plätzen zu machen, wo Friede gelehrt und praktiziert wird. In Sri Lanka und im Libanon wurden solche Programme bereits Teil des nationalen Lehrplans. Die Kinder üben Methoden zur Konfliktlösung, ihre Kommunikationsfähigkeit wird geschult und ihr Respekt für sich selbst und für andere wird gefördert. Die Kinder sollen verstehen, daß sie ein Recht auf Frieden haben. Ziel ist es, gesplante Gemeinschaften wieder zu vereinen und zukünftige Konflikte zu verhindern.

Element 3: Bildung für Mädchen

Diskriminierung von Mädchen ist das größte Hindernis für das Ziel „Schulbildung für alle“. Mädchen wird das Recht auf angemessene Bildung oft verwehrt – auch jenen Mädchen, die zur Schule gehen. Ihr Lernerfolg und ihre Selbstachtung werden untergraben durch Unterricht und Schulbücher, die vermitteln, daß Mädchen weniger wichtig sind als Buben. Buben werden oft mehr gelobt und mehr beachtet.

In den Entwicklungsländern gehen etwa 130 Millionen Kinder zwischen 6 und 11 Jahren nicht zur Schule, davon sind fast 60% (73 Millionen) Mädchen. Die Reduzierung dieses Unterschiedes durch gezielte

Strategien ist ein wichtiges Ziel, das auch in der World Declaration on Education for All 1990 festgehalten wurde.

Untersuchungen haben unter anderem folgende soziale Vorteile von Bildung für Mädchen festgestellt:

- Kinder von Müttern mit Schulbildung sind besser ernährt und weniger oft krank, dadurch wird Kindersterblichkeit reduziert
- Kinder (vor allem Töchter) von Müttern mit Schulbildung erhalten meist eine gute Ausbildung
- Frauen mit Schulbildung heiraten später und haben meist weniger Kinder
- Frauen mit Schulbildung haben mehr Möglichkeiten im Leben, werden weniger ausgebeutet und unterdrückt
- Frauen mit Schulbildung treffen eher politische und ökonomische Entscheidungen auf Gemeindeebene, regionaler und nationaler Ebene

Die Förderung von Bildung von Mädchen muß gleichzeitig die Förderung der Qualität der Bildung für alle Kinder umfassen. Wichtige Maßnahmen sind folgende:

- Unterricht muß kinderorientiert sein, er fängt beim Leben und bei der Umgebung der Gemeinde an und wird in der lokalen Sprache abgehalten
- es werden mehr weibliche Lehrer benötigt, um für Mädchen Rollenvorbilder zu schaffen
- Mädchen und Buben müssen gleichberechtigt am Unterricht partizipieren können
- Vorurteile hinsichtlich des Geschlechts sollen aus Unterrichtsmaterialien entfernt werden
- Gemeinden, Eltern und Familien sollen aktiv am Bildungswesen teilnehmen
- Schulen sollen sichere und saubere Plätze sein
- Statistiken sind wichtig um Diskriminierung zu identifizieren
- Programme für Klein- und Vorschulkinder, um die Selbstachtung zu steigern und Kinder optimal auf die Schule vorzubereiten
- Schulen müssen nahe beim Wohnort der Kinder sein
- flexible Stundenpläne
- Schulbildung muß kostenlos sein

UNICEF ist derzeit in über 50 Ländern mit seinem Programm „Bildung für Mädchen“ aktiv.

Element 4: Der Staat als wichtiger Partner

„Bildung für alle“ ist ohne das Engagement des Staates nicht möglich. Viele Akteure spielen zwar wichtige Rollen, doch der Staat kann alle Komponenten zu einem einheitlichen und doch flexiblen Bildungssystem zusammenfassen. Der Staat ist durch Artikel 28 und Artikel 29 der Konvention dazu verpflichtet, sicherzustellen, daß Kinder eine Grundschulbildung von guter Qualität erhalten. Artikel 3 verpflichtet den Staat, das Wohl des Kindes sicherzustellen und Artikel 2 beauftragt den Staat, Kinder vor jeglicher Diskriminierung zu schützen.

Obwohl das Bildungssystem flexibel und unterschiedlich ist, muß der Staat trotzdem an der Planung für das Gesamtsystem beteiligt sein, unter anderem für Lehrpläne, Ausbildung von Lehrern, Schulbau, Gehälter. Die Rolle des Staates hat sich schnell verändert: Statt als allmächtige, zentrale Autorität zu handeln, kooperieren viele Staaten mit allen Bereichen der Gesellschaft, um das Ziel „Bildung für alle“ zu erreichen.

Mobilisierung

Zum Thema Mobilisierung ist Brasilien ein wichtiges Beispiel. Die „Nationale Woche: Bildung für alle“ im Jahre 1993 resultierte in einem 10-Jahresplan. Es war möglich, die gesamte Nation für diese Bildungskampagne mit dem Titel „Wach´ auf Brasilien! Es ist Zeit für die Schule“ zu mobilisieren. Brasilien setzte alle Richtlinien für erfolgreiche Mobilisierung um:

- klare Formulierung des Ziels und der Vision mit konkretem Zeitrahmen
- Überwachung des Fortschritts mittels definierter Indikatoren
- das Ziel „Bildung für alle“ wurde ins Zentrum des nationalen Lebens gerückt
- nationale Zustimmung wurde erreicht
- Benützung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien

Partnerschaften

Das Bilden von Partnerschaften wurde ein zentrales Konzept bei Planung und Organisation von Bildung. Der Staat behält die Verantwortung für nationale Zielsetzung, für Ressourcen und Bildungsstandards, während NGOs, Gemeindegruppen, religiöse Gruppen sowie Unternehmen dazu beitragen können, Bildung zu einem entscheidenden Lebensbereich der gesamten Gemeinschaft zu machen.

Eine Gemeinde, die aktiv am Betrieb einer Bildungsstätte beteiligt ist, hat weitaus mehr Möglichkeiten, das Bildungsangebot relevant und erfolgreich zu machen. Jedes Projekt hat mehr Erfolg, wenn es auf den Bedürfnissen der Gemeinde basiert, und wenn diese Gemeinde aktiv an der Implementierung, Überwachung und Bewertung beteiligt ist.

Partnerschaften für das Ziel „Bildung für alle“ sollen alle Bereiche der Gesellschaft mit einbeziehen, um die Rechte der Kinder sicherzustellen.

Dezentralisierung

Für bestimmte Bereiche des Bildungswesens mag zentralisierte Kontrolle wirksamer sein, doch wenn sich die Schulen verbessern sollen, dann brauchen sie mehr Autonomie, um ihre spezifischen Probleme zu lösen. Dezentralisierung bringt allerdings auch Kosten mit sich, denn es muß sorgfältig geplant werden, ausgebildete Pädagogen werden gebraucht und mehr Personal und mehr Ressourcen werden benötigt.

Dezentralisierung hat sich dann als am wirksamsten erwiesen, wenn die Macht nicht allein bei einem Direktor liegt, sondern wenn die ganze Gemeinde aktiv mitarbeitet. Dezentralisierung kann auch jenen Gruppen Bildungschancen eröffnen, die traditionellerweise von einem zentralisierten Bildungssystem ausgeschlossen sind. Der Bedarf ethnischer Minderheiten nach speziellen Maßnahmen kann zum Beispiel eher von einem lokalem Lehrer als von einem Unterrichtsministerium erkannt werden.

Element 5: Betreuung von Kleinkindern

Lernen beginnt bei der Geburt – dieses Prinzip und die Bedeutsamkeit der ersten Lebensjahre eines Kindes werden in vielen Programmen in die Praxis umgesetzt. Jedes Jahr wird unser Wissen über die Entwicklung von Kindern durch neue Untersuchungen bereichert: Die Entwicklung des Gehirns eines kleinen Kindes hängt stark von der Stimulation der Umgebung ab, vor allem von der Qualität der Betreuung und der Interaktion. Ausreichende und ausgewogene Ernährung von Mutter und Baby ist nicht nur entscheidend für Überleben und physisches Wachstum des Kindes, sondern auch für seine geistige Entwicklung und seine zukünftigen Bildungsaussichten. Die Qualität der Betreuung – einschließlich Ernährung, Gesundheitsvorsorge und Stimulation – die ein Kind während seiner ersten zwei bis drei Lebensjahre erhält, hat erwiesenermaßen eine langfristige Auswirkung auf die Entwicklung des Gehirns. Außerdem ist die Beachtung der Entwicklung von Kindern zumindest bis zu ihrem achten Geburtstag ausschlaggebend, um ihnen bei der Erfüllung ihres Potentials zu helfen.

Eine sinnvolle Annäherung an das Thema Grundschulbildung muß Programme für Kleinkinder mit einschließen, die Überleben, Wachstum und Entwicklung fördern. Das Recht des Kindes auf Bildung,

Überleben und Entwicklung – körperliche, geistige, soziale, emotionale und moralische – kann nicht ohne eine umfassende Strategie erfüllt werden, welche die Bedürfnisse der Kinder von Geburt an befriedigen. Die geistige, emotionale und soziale Entwicklung von Vorschulkindern hat eine enorme Auswirkung auf ihren Erfolg in der Schule und im Erwachsenenleben. Die interdisziplinäre Verbindung

Bis vor kurzem konzentrierten sich Gesundheits- und Ernährungsexperten eher auf das Überleben von Kindern und Bildungsexperten arbeiteten an Einschulungsraten oder Verbesserung des Unterrichts. Ihre Arbeit wies kaum Verbindungen auf, doch diese Situation hat sich verändert. Eine koordinierte interdisziplinäre Strategie für Bildung, Gesundheit und Ernährung von Kindern ist von ganz besonderer Wichtigkeit.

Ein Beispiel für den Erfolg solcher Programme ist seit 1987 Nigeria. Ein Netzwerk von Zentren für Klein- und Vorschulkindern ist im ganzen Land an Plätzen wie Kirchen, Moscheen, Märkten, Gemeindegärten und Vorschulen aktiv. Die Zentren bieten kostenlose Impfungen und andere Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge, Ernährungsprogramme sowie flexible, kinderorientierte Vorschulprogramme.

Globalisierung und Lernen

Die raschen politischen, sozialen und technologischen Veränderungen in der Welt haben enorme Auswirkungen auf die Bildung. So entstanden zum Beispiel nach Ende des Kalten Krieges neue Staaten, von denen viele mit begrenzter Kapazität und beschränkten Ressourcen kämpfen mußten. Der Bedarf nach Partnerschaften wurde daher dringender als erwartet.

Der Prozeß der Globalisierung schreitet rasch voran. Aus der Vermischung von Kulturen und der Dominanz bestimmter Kulturen und Sprachen ergaben sich zwei starke Trends: die Notwendigkeit für Schulen, eine internationale Sprache zu lehren und gleichzeitig die Notwendigkeit kulturelle und ethnische Identitäten zu schützen und zu bewahren.

Aus modernen Kommunikations- und Informationstechnologien ergeben sich ungeahnte neue Möglichkeiten. Doch so wichtig und mächtig diese Technologien auch sind – solange der Zugang nicht für alle gesichert ist, wird sich der Bildungsunterschied eher vergrößern.

III. Investition in Menschenrechte

130 Millionen Kinder gehen gar nicht zur Schule und viele der Kinder, die es tun, sind mit Orten konfrontiert, die weit entfernt sind von stimulierend und kinderfreundlich. Doch es gab auch ungezählte Erfolge mit innovativen Projekten. In den letzten Jahren wurden einige ökonomische und hochqualitative Wege entwickelt, die Bildungsziele der Welt zu erreichen, und einige sind vielversprechend.

Die Pflicht des Staates

Regierungen sind dazu verpflichtet, Grundschulbildung für alle sicherzustellen. Manche Entwicklungsländer neigen dazu, Armut als Entschuldigung anzugeben. Doch gerade arme Länder haben bewiesen, daß mit Engagement und Weitsichtigkeit Wunder bewirkt werden können. Der indische Bundesstaat Kerala hat eine Alphabetisierungsrate von 90% im Gegensatz zum Bundesstaat Punjab mit 58%, der jedoch das doppelte pro-Kopf-Einkommen aufweist. Vietnam hat eine Alphabetisierungsrate von 93% erreicht, Pakistan hingegen – mit einem weit höheren pro-Kopf-Einkommen erreichte nur 38%. Unter den Faktoren, die solche Erfolge bewirkten ist vor allem politisches Engagement zu nennen. Dem Argument der Armut stehen außerdem jährliche Militärausgaben von etwa 20 Milliarden US-Dollar in Südasien gegenüber.

UNICEF führte eine Studie in Kerala und neun anderen Staaten durch, die große Fortschritte in den Bereichen Gesundheit und Bildung erzielt hatten. In allen diesen Ländern gibt es eine starke staatliche Unterstützung für grundlegende Sozialdienste. Sie geben einen höheren Teil des pro-Kopf-Einkommens für Grundschulbildung aus als andere und Grundschulbildung ist in diesen Ländern kostenlos. Lehrer sind größtenteils Frauen und in den ersten Klassen wird in der Muttersprache unterrichtet.

Regierungen hätten die Kapazität mehr Ressourcen für das Ziel „Bildung für alle“ aufzubringen, doch nur wenige tun es. Auch internationale Entwicklungshilfe – obwohl äußerst wichtig – ist keine endgültige

Lösung. 1994 waren 10,4% der Kredite der Weltbank für Bildung bestimmt, 1997 nur 4,8%. Dazu sei noch angemerkt, daß der Großteil dieser Kredite an Staaten mit mittlerem Einkommen vergeben wird.

Bildung: Die beste Investition

Die Weltbank publizierte Untersuchungen über die produktiven Auswirkungen von Grundschulbildung. Zum Beispiel zeigte eine Studie, daß Grundschulbildung die Produktivität landwirtschaftlicher Betriebe steigert. Eine andere Studie zeigte den Zusammenhang zwischen der Unternehmensgröße und der Anzahl der Schuljahre des Besitzers auf. Der ehemalige Vizepräsident der Weltbank sagte anläßlich einer Rede in Pakistan im Jahr 1992, daß die Kosten für die Schulbildung von 1.000 Mädchen durch die daraus resultierende Reduktion der Kindersterblichkeit mehr als abgedeckt wären.

Die Bedeutung von Investition in Grundschulbildung, vor allem für Mädchen, wird heute fast weltweit anerkannt. Doch leider fehlt der politische Wille. Denn wenn die internationale Staatengemeinschaft beschließt, daß ein Projekt von dringender Wichtigkeit ist, kann sie Berge versetzen. Nichts zeigte dies deutlicher als die Wirtschaftskrise in Ostasien 1997/98. UNICEF war nicht die einzige Organisation, die den Transfer von Ressourcen in die am wenigsten entwickelten Länder forderte (siehe State of the World's Children 1988), nach dem Prinzip des Marshall Plans für Europa nach dem 2. Weltkrieg. Diese Idee wurde immer wieder als unmöglich und unrealistisch zurückgewiesen, doch die jüngsten Aktionen für Ostasien und Rußland, machen klar, daß es sowohl möglich als auch realistisch ist.

Die Botschaft, die sich daraus ergibt, ist, daß globale Ressourcen, wie für den Marshall Plan, für die Schuldenkrise in Südamerika und nun für Ostasien und Rußland, erst dann mobilisiert werden, wenn die wirtschaftliche Stabilität und das Wohlergehen der Industriestaaten gefährdet ist.

Verschuldung

Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist ein wichtiger Aspekt des Ressourcen-Problems, welches „Bildung für alle“ behindert. Hoch verschuldete Länder können schwer Fortschritte hinsichtlich des Bildungsziels machen. Tansania gibt zum Beispiel sechsmal soviel für Schuldentrückzahlung aus wie für Bildung – und ist dabei kein Einzelfall.

Im September 1996 begannen die Weltbank und der internationale Währungsfond mit einer vielversprechenden Initiative, um die Schuldenlast der ärmsten Länder zu verringern. Doch während noch diskutiert wird, welche Länder wieviel zahlen müssen, gibt Mosambik die Hälfte seines Budgets für Rückzahlungen – mehr als für Gesundheits- und Bildungswesen zusammen ausgegeben wird.

Das menschliche Gesicht des Kapitals

Joseph Stiglitz, derzeitiger Vizepräsident der Weltbank, schrieb unlängst, daß Privatisierung nicht der einzige Weg zu ökonomischem Wohlergehen ist. Das Schaffen von konkurrenzfähigen Märkten sei gleichermaßen wichtig, und der Staat soll und kann, so Stiglitz, eine bedeutende Rolle bei der Förderung eines langfristigen Wirtschaftswachstums spielen. Um so ein Wachstum sicherzustellen, muß auch soziale Gleichheit sichergestellt werden, wobei in diesem Zusammenhang Bildung ein ausschlaggebender Punkt ist.

Der argentinische Ökonom Bernardo Kliksberg hat ähnliche Argumente: Neben dem ökonomischen müssen noch zwei weitere Arten von Kapital in Betracht gezogen werden: menschliches Kapital (die Gesundheit, Ernährung und Bildung einer Nation) und soziales Kapital (Werte, Kultur und eine starke bürgerliche Gesellschaft).

Solche Überlegungen verleihen der 20/20 Initiative, die von UNICEF und anderen Partnern vertreten wird, zusätzlich Gewicht. Entwicklungsländer sollen 20% ihres Budgets und Industrieländer 20% ihrer Entwicklungshilfe für grundlegende soziale Dienste aufwenden. Zur Zeit werden in Entwicklungsländern etwa 13% der nationalen Budgets für soziale Dienste verwendet und Industrieländer teilen nur etwa 10% der Entwicklungshilfegelder den sozialen Diensten zu.

Die Welt müßte während der nächsten 10 Jahre jährlich zusätzlich 7 Milliarden US-Dollar aufbringen, damit alle Kinder ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können. Das ist weniger als jährlich in den Vereinigten Staaten für Kosmetik oder in Europa für Eiscreme ausgegeben wird.

ZAHLEN

Einschulungsraten für Grundschulen

Die Anzahl der Kinder, die eine Grundschule besuchen, ausgedrückt als Prozentsatz der Gesamtzahl aller Kinder im Grundschulalter:

Afrika südlich der Sahara	57%
Südasien	68%
Naher Osten und Nordafrika	81%
Lateinamerika und Karibik	92%
Länder des ehemaligen Ostblocks	94%
Ostasien und Pazifik	96%
Industrieländer	98%

Quelle: UNESCO und UNICEF 1998

Kinder, welche die 5. Schulstufe erreichen

Ausgedrückt als Prozentsatz aller Kinder, die eingeschult werden:

Afrika südlich der Sahara	67%
Südasien	59%
Naher Osten und Nordafrika	91%
Lateinamerika und Karibik	74%
Ostasien und Pazifik	90%
Industrieländer	99%

Quelle: UNICEF 1998

Achtung: Daten für Zentral- und Osteuropa, Russische Föderation und die Baltischen Staaten nicht verfügbar.

UNICEF-Schulprogramme

Einige Beispiele

INDIEN

In Chevella, einer Stadt in der Nähe von Hyderabad im Bundesstaat Andhra Pradesh, sitzen 55 Mädchen zwischen 9 und 15 Jahren mit überkreuzten Beinen am Boden des Klassenzimmers, völlig vertieft in ihre Aufgaben. Wenn der Lehrer etwas fragt, schießen die Hände hoch, und die Mädchen verkünden ihre Ideen und Meinungen. Die Leichtigkeit und das Selbstvertrauen, mit dem sie die Fragen beantworten, erwecken den Eindruck, als ob diese Kinder bereits jahrelang zur Schule gegangen wären. Doch nur wenige Monate vorher konnten die meisten dieser Mädchen weder lesen, schreiben noch rechnen. Anstatt zur Schule zu gehen, verbrachten viele ihre Kindheit damit, auf den Feldern oder in Fabriken zu arbeiten. Jetzt besuchen sie einen einjährigen Vorbereitungskurs für die „normale“ Schule. Der Kurs umfaßt eine Intensivausbildung für 90 Mädchen zwischen 9 und 15 Jahren, die davor keine Schule besuchen konnten. Nach Abschluß des Kurses können sie in die 7. Schulstufe einer „normalen“ Schule übertreten. Im Nachbardorf gibt es einen ähnlichen Kurs für 150 Buben.

Die 15-jährige Manju sitzt konzentriert über ihren Büchern. Ihre Zöpfe sind mit Blumen und Bändern geschmückt. Vor einem Jahr konnte Manju weder lesen noch schreiben. Ihr Arbeitstag begann um 5 Uhr morgens. Sie arbeitete als Blumenpflückerin und Feldarbeiterin. Nun ist ihr größter Wunsch in die „normale“ Schule übertreten zu können. „Ich war immer eifersüchtig auf die Mädchen, die jeden Tag zur Schule gehen durften“, sagt Manju. Doch es war nicht einfach für Manju, diesen Kurs besuchen zu dürfen. Ihre Eltern dachten zuerst, der Schulbesuch wäre Zeitverschwendung für ihre Tochter. Es ist schwierig in einem Land wie Indien die Eltern von der Wichtigkeit einer Schulbildung zu überzeugen, wenn viele Familien vom Einkommen ihrer Kinder abhängig sind. Viele Eltern lassen gerade ihre Töchter nur ungern zur Schule gehen, da die Mädchen oft schon mit 13 Jahren verheiratet werden, und von da an ihr Wissen, ihre Arbeitskraft und ihr Einkommen der Familien des Ehemannes zur Verfügung stehen.

Manju´s Entscheidung, mit dem Schulbesuch im bereits heiratsfähigen Alter zu beginnen, verärgerte ihren älteren Bruder, der oft seine Schwester und ihre Lehrer bedrohte. Aber Manju blieb bei ihrer Entscheidung. „Ich erkannte, daß die Schule der einzige Ausweg für mich ist“, sagt Manju, die später einmal ein eigenes Geschäft haben möchte. „Ich möchte meinem Bruder und den anderen Erwachsenen im Dorf beweisen, daß sie unrecht haben, wenn sie sagen, daß ein so altes Mädchen wie ich nicht zur Schule gehen soll.“

UNICEF finanziert einige Projekte dieser Art in Andhra Pradesh. In diesem Bundesstaat ist die Anzahl der Kinderarbeiter doppelt so hoch wie im restlichen Indien. Über 1,75 Millionen Kinder müssen arbeiten, um die Schulden ihrer Familien abzubezahlen. Ungefähr 13 Millionen Kinder in Andhra Pradesh gehen nicht zur Schule.

BANGLADESCH

Bildung für die Ärmsten und Landlosen - das ist das Ziel des ländlichen Forderungskomitees in Bangladesch (Bangladesh Rural Advancement Committee), kurz BRAC genannt. 1985 richtete das Bangladesh Rural Advancement Committee mit Hilfe von UNICEF in 22 Dörfern Schulen für 8 bis 10jährige (vor allem Mädchen) ein, um Grundschulkenntnisse zu vermitteln. 1998 gab es bereits 34.000 solcher Schulen.

Die BRAC-Schulen bieten drei Jahre Grundbildung. Die Unterrichtskosten pro Schüler belaufen sich pro Jahr auf rund 150 Schilling. Auf dem Lehrplan stehen nicht nur Schreiben, Rechnen und Lesen, sondern auch Themen wie Familienplanung und Gesundheitsversorgung. Die Kurse sind dem ländlichen Lebensrhythmus angepaßt.

Eine BRAC-Schule besteht im Durchschnitt aus 30 Kindern, davon sind etwa 20 Mädchen. Die Kinder leben innerhalb eines Radius von 2 Kilometern und werden in angemieteten Räumen unterrichtet. Zwei Drittel der Lehrer sind Frauen. Sie kommen alle aus den lokalen Gemeinden und werden wöchentlich von BRAC-Personal besucht. Der Besuch der Schule ist kostenlos und auch das Material für Lehrer und Schüler wird zur Verfügung gestellt. Der Stundenplan ist flexibel, es wird an sechs Tagen in der Woche jeweils drei Stunden unterrichtet. Zu welcher Tageszeit entscheiden die Eltern. Der Plan wird auch an lokale

Bedürfnisse wie zum Beispiel an die Erntezeit angepaßt. BRAC-Absolventen können in die vierte Schulstufe der herkömmlichen Grundschule eintreten.

Die BRAC-Schulen haben sich als außergewöhnlich erfolgreich erwiesen: über 90 Prozent der BRAC-Schülerinnen und Schüler schaffen den Übergang in die reguläre Grundschule. BRAC wendet sich nicht ausschließlich an Mädchen, wird aber von mehr Mädchen als Buben genutzt - ein Zeichen für den großen Nachholbedarf.

Die 12-jährige Rahena kann nun - dank der BRAC-Schulen- endlich wieder zur Schule gehen. Sie mußte schon mit sieben Jahren den Schulbesuch abbrechen, um ihrer Mutter im Haushalt zu helfen. Als die Mutter vor zwei Jahren starb, wurde die damals 10-jährige Rahena zur Ersatzmutter für ihre drei jüngeren Schwestern.

Ihr Vater ist krank, daher ist es für ihn schwierig, Arbeit zu finden. Er lebt mit seinen Töchtern in einer Strohhütte, die einem Nachbarn gehört. Sie dürfen den Brunnen dieses Mannes benutzen, haben aber keine sanitären Anlagen. Ihr Besitz besteht aus einigen Kochtöpfen und Decken.

Rahena besucht jetzt eine von UNICEF unterstützte BRAC-Schule. Jeden Tag, bevor sie zum Unterricht geht, der für sie um 10.00 Uhr beginnt, kocht sie für ihre Familie. Nach Schluß erledigt sie die restliche Hausarbeit. Rahena ist glücklich, daß sie wieder zur Schule gehen kann. "Ich werde einmal eine gute Arbeit finden", sagt sie lächelnd.

VIETNAM

Im April 1997 wurden erstmals in Vietnam von UNICEF und dem Unterrichtsministerium zweisprachige Schulbücher in vietnamesisch und den Sprachen der ethnischen Minderheiten (Khmer, Bahnar; Cham und H'Mong) für Grundschulen herausgegeben.

Der Zweck dieser Bücher ist es, die Einschulung von Kindern aus ethnischen Minderheiten in Grundschulen zu fördern. Denn während 57 Prozent aller vietnamesischen Kinder die Grundschule beenden, trifft dies nur auf 40 Prozent der Kinder zu, die ethnischen Minderheiten angehören.

„Für Kinder, die ethnischen Minderheiten angehören, ist es ein großes Problem, daß in den Grundschulen in vietnamesischer Sprache unterrichtet wird. Diese zweisprachigen Bücher werden den Lehrern dabei helfen, diese Kluft zu überbrücken“, sagt Elaine Furniss, UNICEF-Mitarbeiterin in Vietnam.

„Da Vietnam die Konvention über die Rechte des Kindes ratifiziert hat, muß das Land auch die Artikel 28 und 30 der Konvention erfüllen. Diese Artikel besagen, daß alle Kinder das Recht auf Schulbildung haben, und daß Kinder, die ethnischen Minderheiten angehören, das Recht darauf haben, ihre eigene Sprache verwenden zu dürfen“, fügt Elaine Furniss hinzu.

Mehrere tausend dieser zweisprachigen Bücher wurden produziert und werden nun an ausgewählte Schulen in entlegenen Gebieten verteilt. Für die Verwendung dieser Bücher im Unterricht werden Workshops für die Lehrer organisiert. Die Geschichten in den Schulbüchern handeln vom täglichen Leben der ethnischen Minderheiten, wie zum Beispiel ein Tag auf dem Markt, Umweltschutz oder Geschichten über die traditionelle Kleidung.

Die Produktion dieser Bücher ist der erste Schritt auf dem Weg in Richtung Förderung des Gebrauchs der Muttersprache in den Gemeindeschulen. Zugang zu Grundschulen ist unglücklicherweise nicht der einzige Bereich in dem Kinder ethnischen Minderheiten benachteiligt sind. Die meisten leben in den ärmsten Regionen in den Bergen Vietnams, und haben kaum Zugang zu Gesundheitsdiensten, sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen.

UNICEF unterstützt in Vietnam besonders die Angehörigen von ethnischen Minderheiten, da sie zur ärmsten und benachteiligsten Bevölkerungsschicht gehören. UNICEF hat ein spezielles Projekt geschaffen, um sicherzustellen, daß Angehörige ethnischer Minderheiten, vor allem Kinder, Zugang zu grundlegenden Sozialdiensten haben. Im Zuge dieses Projektes ist es zur Zeit 210.000 Menschen ethnischer Minderheiten möglich, mit der Unterstützung von UNICEF ihre Ernährung, ihre Gesundheit und ihre Schulbildung zu verbessern.

NEPAL

Die 10-jährige Sitar lebt in einem kleinen Dorf im nepalesischen Tiefland Terai. Ihr Vater wollte sie nicht zur Schule schicken. Sie sollte ihrer Mutter helfen, Getreide und Gemüse anzubauen, Vieh zu hüten und den Haushalt zu versorgen. Doch Sitar wollte zur Schule gehen und lernen und erzählte dem Dorflehrer von ihrem Kummer. Der überzeugte schließlich den Vater des Mädchens, und so durfte Sitar endlich zur Schule gehen.

Sitar besucht eine besondere Schule für Kinder, die noch nicht eingeschult wurden. In einem neunmonatigen Kurs lernt sie lesen, schreiben und rechnen. UNICEF unterstützt in ganz Nepal solche speziellen Schulen, die Kinder auf die Grundschule vorbereiten. Damit Kinder wie Sitar, die im Haus und auf den Feldern mitarbeiten müssen, überhaupt zur Schule gehen können, wird der Unterricht auf die frühen Morgenstunden verlegt.

Sitar steht mit ihrer Mutter vor dem Morgengrauen auf, um Wasser zu holen. Von 6 bis 8 Uhr geht sie zur Schule, dann beginnen ihre täglichen Pflichten im Haus und auf den Feldern. Sitar rechnet besonders gern und gut, und möchte nach Ende des Kurses unbedingt die richtige Grundschule besuchen.

Das Bildungswesen in Nepal ist kaum ausgebaut. 86% aller Frauen und 59% aller Männer sind Analphabeten. Die Arbeitsbelastung von Mädchen ist zwei- bis dreimal größer als die von Buben, und nur ein Drittel aller Mädchen besucht eine Schule. Mädchen ohne Grundschulbildung sind noch anfälliger dafür, als Arbeitsklaven oder Prostituierte ausgebeutet zu werden.

UNICEF konzentriert sich auf die Verbesserung des Schulsystems, der Lehrpläne, der Lehrerausbildung, liefert Baumaterialien für Schulhäuser und Unterrichtsmaterial. Besonders wichtig sind spezielle Programme für Mädchen, die keine Schule besuchen. Diese Kurse mit flexiblen Stundenplänen sind auf Mädchen zugeschnitten, die bereits arbeiten müssen. Nach neun Monaten können die Kinder in die reguläre Grundschule übertreten, denn Grundschulbildung ist die Basis für eine bessere Zukunft der Mädchen in Nepal.

LIBERIA

Das WAYS-Zentrum in Gbarnga in der Provinz Bong macht einen freundlichen Eindruck. Um den sauber gekehrten Hof liegen das weißgestrichene Hauptgebäude und die Klassenräume. 191 Kinder und Jugendliche nehmen hier zur Zeit am UNICEF-WAYS-Projekt teil. WAYS - das heißt War Affected Youths Support, also Unterstützung für Kinder und Jugendliche, deren Leben vom Krieg beeinträchtigt wurde. Viele Kinder konnten während des Krieges nicht zur Schule gehen - weil sie als Soldaten kämpfen mußten, weil sie auf der Flucht waren, weil ihre Schulen zerstört wurden, und aus vielen anderen Gründen. Eine ganze Generation in Liberia war nach Ende des Bürgerkrieges ohne Schulbildung. Daher entwickelte UNICEF das WAYS-Projekt: Das Programm umfaßt Grundschulbildung, Berufsausbildung und psychologische Behandlung der kriegstraumatisierten Kinder.

Hier in Gbarnga führt UNICEF das WAYS-Projekt gemeinsam mit der liberianischen Hilfsorganisation SDP (Sustainable Development Promoters) durch. Die Schüler lernen lesen, schreiben und rechnen; gleichzeitig gibt es Ausbildungsangebote in den Bereichen Tischlerei, Schneiderei, Landwirtschaft, Seifenherstellung und Graphik. Besonders wichtig findet Emmanuel Kollie, Site Supervisor in Gbarnga, das psychologische Behandlungsprogramm für die kriegstraumatisierten Kinder: „Über die Hälfte unserer Schüler sind ehemalige Kindersoldaten, die jahrelang grauenhafte Dinge miterlebt haben. Doch auch der Rest der Kinder ist schwer traumatisiert. Viele haben ihre Eltern verloren, mußten mit ansehen, wie Freunde oder Verwandte getötet wurden, und wurden selbst mißhandelt.“ Durch die psychologische Betreuung im Zentrum wird versucht, den Kindern die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern.

Eines dieser Kinder ist die 15-jährige Julia, die ihre Familie auf der Flucht verloren hat. Sie lebt und arbeitet nun in Gbarnga bei einer Familie als Dienstmädchen. Am Nachmittag darf sie im WAYS-Zentrum eine Ausbildung zur Schneiderin machen. Wenn sie den Kurs abgeschlossen hat, möchte sie weggehen, und als Schneiderin arbeiten. Sie träumt davon, ihre Familie wiederzufinden. Julia ist durch ihre Erlebnisse im Krieg stark traumatisiert - sie hat Alpträume, stottert, und weint viel.

Julias Therapeutin erzählt, daß es dem Mädchen jetzt schon viel besser geht als noch vor ein paar Wochen. Damals wollte Julia überhaupt nicht über ihre Erlebnisse sprechen. Nach intensiven Einzelgesprächen und der Teilnahme an der Gruppentherapie, beginnt das Mädchen nun ihre Erlebnisse und Gefühle auszudrücken. Besonders wichtig ist für Julia der Schulchor. Durch Gesang und Bewegung kann sie ihre Emotionen viel leichter ausdrücken.

Sechs Monate dauern Ausbildung und psychologische Beratung. Danach werden die Schüler in Jobs vermittelt oder sie können weiter eine reguläre Schule besuchen. Manche der Schüler schließen sich zu Kooperativen zusammen, und erhalten von UNICEF Starthilfe für ein eigenes Geschäft.

Solche WAYS-Projekte werden von UNICEF mit verschiedenen lokalen Partnern zur Zeit in vier Provinzen in Liberia durchgeführt, mindestens 3.000 Kinder und Jugendliche nehmen momentan daran teil. UNICEF plant, dieses Programm landesweit auszudehnen, um möglichst viele der betroffenen Kinder zu erreichen. Die psychologische Behandlung von Kriegstraumata soll auch in den regulären Schulen stattfinden, UNICEF wird speziell dafür Lehrer ausbilden.

„Während des Krieges retteten wir Kinderleben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, darüber hinauszugehen. Wir gehen in die Dörfer und geben den Kindern die Chance, ihre Lebenssituation zu verbessern“, sagt Omar Abdi, von UNICEF. „Schulbildung, Beratung und ein Beruf sind die Chance für die Kinder auf eine bessere Zukunft!“